

Bürgschaftsbank BW · Postfach 10 07 42 · 70006 Stuttgart

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und  
Wohnungsbau  
Baden-Württemberg  
Herrn MR Andreas Buck  
Referat 44  
Schlossplatz 4  
70173 Stuttgart

29. Sept. 2020

**Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH**

Dritter Nachtrag zur Rückbürgschaftserklärung des Bundes, G 5501-330 vom 13.12.2017  
in der Fassung des Zweiten Nachtrages G5501-338 vom 23.06.2020

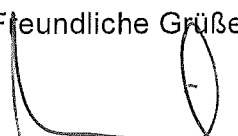
Sehr geehrter Herr Buck,

wir bestätigen den Erhalt der folgenden Originalurkunde:

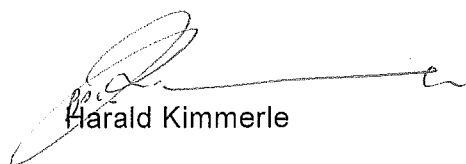
Dritter Nachtrag zur Rückbürgschaftserklärung des Bundes, G 5501-330 vom 13.12.2017  
in der Fassung des Zweiten Nachtrages G5501-338 vom 23.06.2020

Mit dem Inhalt dieser Urkunde erklären wir uns einverstanden und nehmen sie an.

Freundliche Grüße



Dirk Buddensiek



Harald Kimmerle

Bürgschaftsbank BW · Postfach 10 07 42 · 70006 Stuttgart

Ministerium für Finanzen  
Baden-Württemberg  
Herrn OAR Uwe Banzhaf  
Staatliche Beteiligungen  
an Banken (Referat 55)  
Schlossplatz 4  
70173 Stuttgart

29. Sept. 2020

**Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH**

Dritter Nachtrag zur Rückbürgschaftserklärung des Bundes, G 5501-330 vom 13.12.2017  
in der Fassung des Zweiten Nachtrages G5501-338 vom 23.06.2020

Sehr geehrter Herr Banzhaf,

wir bestätigen den Erhalt der folgenden Originalurkunde:

Dritter Nachtrag zur Rückbürgschaftserklärung des Bundes, G 5501-330 vom 13.12.2017  
in der Fassung des Zweiten Nachtrages G5501-338 vom 23.06.2020

Mit dem Inhalt dieser Urkunde erklären wir uns einverstanden und nehmen sie an.

Freundliche Grüße



Dirk Buddensiek



Harald Kimmerle

Bürgschaftsbank BW · Postfach 10 07 42 · 70006 Stuttgart

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie  
Herrn Matthias Behn  
Scharnhorststraße 34-37  
10115 Berlin

29. Sept. 2020

**Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH**

Dritter Nachtrag zur Rückbürgschaftserklärung des Bundes, G 5501-330 vom 13.12.2017  
in der Fassung des Zweiten Nachtrages G5501-338 vom 23.06.2020


Sehr geehrter Herr Behn,

wir bestätigen den Erhalt der folgenden Originalurkunde:

Dritter Nachtrag zur Rückbürgschaftserklärung des Bundes, G 5501-330 vom 13.12.2017  
in der Fassung des Zweiten Nachtrages G5501-338 vom 23.06.2020

Mit dem Inhalt dieser Urkunde erklären wir uns einverstanden und nehmen sie an.

Freundliche Grüße

  
Dirk Buddensiek

  
Harald Kimmmerle



**Baden-Württemberg**  
MINISTERIUM FÜR FINANZEN

Ø Ki, FS  
+Scam


Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg  
Postfach 10 14 53 • 70013 Stuttgart

Vorstand der Bürgschaftsbank  
Baden-Württemberg  
Herrn Dirk Buddensiek  
Herrn Guy Selbherr  
Werastraße 13-17  
70182 Stuttgart

07. Sep. 2020

Datum 3. September 2020  
Name Uwe Banzhaf  
Durchwahl 0711 123-4720  
Telefax 0711 123-4797  
E-Mail [uwe.banzhaf@fm.bwl.de](mailto:uwe.banzhaf@fm.bwl.de)  
Gebäude Dorotheenstraße 6  
Aktenzeichen 5-4314/277

(Bitte bei Antwort angeben)

 Rückbürgschaft des Bundes gegenüber der Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH

Dritter Nachtrag der Rückbürgschaftserklärung des Bundes, für die Zeit vom 6. Mai 2020 bis zum 31. Dezember 2020.

Anlagen  
- 1 -

Sehr geehrter Herr Buddensiek,  
sehr geehrter Herr Selbherr,

in der Anlage erhalten Sie das Original des dritten Nachtrags der Rückbürgschaftserklärung des Bundes, für die Zeit vom 6. Mai 2020 bis zum 31. Dezember 2020.

Sie werden gebeten, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin, Herrn Matthias Behn, dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg und dem Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg die Annahme der Rückbürgschaftsurkunde des Bundes schriftlich zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Banzhaf

**DRITTER NACHTRAG**

zur Rückbürgschaftserklärung G 5501-330 vom 13. Dezember 2017  
in der Fassung des Zweiten Nachtrages G 5501-338 vom 23. Juni 2020

Die Rückbürgschaftserklärung des Bundes G 5501-330 vom 13. Dezember 2017 in der Fassung des Zweiten Nachtrages G 5501-338 vom 23. Juni 2020 erhält für die in der Zeit vom 6. Mai 2020 bis zum 31. Dezember 2020 übernommenen Bürgschaften die nachfolgenden weiteren Änderungen. Im Anschluss daran gelten wieder die Regelungen in der ursprünglichen Fassung G 5501-330 vom 13. Dezember 2017.

**Abschnitt II Nr. 3.3 erhält nach dem ersten Absatz ergänzend noch folgenden Wortlaut (an Stelle der betreffenden Veränderungen des Ersten und Zweiten Nachtrages);**

Die Ausfallbürgschaft darf bis zu 90 vom Hundert für einen maximalen Bürgschaftsbetrag von 2,5 Mio. EUR betragen (auch im Falle von Leasing-Verbürgungen), wenn

die Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020 mit einer Laufzeit von bis zu 10 Jahren und einer max. Bürgschaftshöhe von 800.000,00 EUR

oder

die Bundesregelung Bürgschaften 2020 (für ein anderes Finanzierungsvorhaben) mit einer Laufzeit von bis zu 6 Jahren und einer max. Bürgschaftshöhe von 2,5 Mio. EUR

genutzt wird.

Alle Vorgaben der jeweils angewendeten Bundesregelung sind zu erfüllen. Die Verbürgung von Sanierungskrediten ist weiterhin ausgeschlossen (vgl. Abschnitt II Nr. 3.5 der Rückbürgschaftserklärung des Bundes G 5501-330 vom 13. Dezember 2017).

Für Liquiditätskredite von bis zu 250.000,00 EUR mit einer Laufzeit von max. 10 Jahren bzw. max. 8 Jahren bei Kontokorrentkrediten darf die Ausfallbürgschaft wahlweise auch bis zu 100 vom Hundert, betragen. Dies gilt auch im Falle von Leasing-Verbürgungen.

Bei Übernahme von 90 vom Hundert der Rückbürgenhaftung für 100 prozentige Ausfallbürgschaften gegenüber der Hausbank – davon durch den Bund 53 vom Hundert und 37 vom Hundert durch das Land - betragen die Entgelte maximal 1 % p.a. Zinsen für die Hausbank, fix 0,50 % p.a. Risikoprämie für Bund und Land entsprechend deren Risikoquoten sowie die Ausfallbürgschaftsprovision der Bürgschaftsbank von 0,85 % p.a..

Alle beihilferechtlichen Vorgaben sind zu erfüllen. Zusätzlich ist hier – durch eine Bestätigung der Bürgschaftsbank - nachzuweisen, dass das Unternehmen zum 31. Dezember 2019 kapitaldienstfähig war.

**Abschnitt II Nr. 3.5 erhält nach dem ersten Absatz ergänzend noch folgenden Absatz (an Stelle des Absatzes aus dem Ersten Nachtrag):**

Eine Bürgschaft darf aber dazu dienen, ein Unternehmen mit tragfähigem Unternehmenskonzept, das durch die Corona-Krise vorübergehend in Finanzierungsschwierigkeiten geraten ist, durch notwendige Finanzierungen zu sichern, soweit es bis zum 31. Dezember 2019 kein Unternehmen in Schwierigkeiten war. Ausnahmen für Klein- und Kleinstunternehmen nach den beihilferechtlichen Vorgaben der Bundesregelung Kleinbeihilfen sind zulässig.

Voraussetzung ist, dass für das Unternehmen unter der Annahme einer sich wieder normalisierenden wirtschaftlichen Gesamtsituation eine positive Zukunftsperspektive besteht. Hierbei wird davon ausgegangen, dass es sich bei der Corona-Krise um eine temporäre Krise in 2020 handelt und sich die wirtschaftliche Gesamtsituation ab 2021 wieder deutlich bessert.

Die beihilferechtlichen Vorgaben sind zu beachten.

**Abschnitt VI Nr. 1, erster Satz, erhält folgende Fassung:**

Dieser Dritte Nachtrag zur Rückbürgschaftserklärung gilt für Bürgschaften, die die Bürgschaftsbank ab 6. Mai 2020 übernimmt.

**Abschnitt VI Nr. 3, erster Absatz, erhält folgende Fassung:**

Die Rückbürgschaft des Bundes aus diesem Dritten Nachtrag gilt nur für solche Ausfallbürgschaften der Bürgschaftsbank, die bis zum 31. Dezember 2020 übernommen werden. Sie erlischt mit Rückgabe der Bürgschaftsurkunde, spätestens jedoch am 31. Dezember 2044.

Bad Homburg v. d. Höhe, den 23. Juli 2020

Bundesverwaltungsamt



*(Handwritten signatures of Dr. Stoltenberg and Ruckelshausen)*

(Dr. Stoltenberg)

(Ruckelshausen)